



Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.
Fachverband im
Deutschen Caritasverband

BTHG Newsletter **CBP-INFO: Teilhabeverfahrensbericht**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Dezember 2018 hat der Bundesrat das parlamentarische Mittel der Erschließung eingesetzt und sich mit dem Ersuchen an die Bundesregierung gewandt, die Anforderungen an den Teilhabeplanverfahrensbericht nach § 41 SGB IX zu reduzieren. Der Teilhabeverfahrensbericht sei nur mit unverhältnismäßigem Aufwand realisierbar und der Umfang des Anforderungskataloges hinsichtlich seiner Erforderlichkeit und seiner verwaltungsmäßigen Umsetzbarkeit grundlegend zu überprüfen.

Der Bundesrat forderte daher die Bundesregierung auf, gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren geeignete Lösungsvorschläge zu erarbeiten und auf Grundlage dieser Vorschläge Änderungen des § 41 SGB IX herbeizuführen, um eine praktikable Erfassung für einen aussagekräftigen Bericht zu gewährleisten.

Bis zum Abschluss des vorgenannten Verfahrens solle die derzeit durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchgeführte Pilotphase entsprechend verlängert werden.

Zudem müsse klargestellt werden, dass insbesondere für die Träger der Eingliederungshilfe die Pflicht zur Datenerfassung frühestens mit Inkrafttreten des zweiten Teils des Bundesteilhabegesetzes zum 1. Januar 2020 gelten solle, da erst dann die materiellrechtlichen Grundlagen für die Berichterstattung vorlägen.

Die Bundesregierung wies die Erschließung nun zurück. Zur Begründung führte sie aus, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) aufgrund der Entschließung des Bundesrats im März 2019 ein Bund-Länder Fachgespräch zum Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX durchgeführt habe.

Im Rahmen dieses Fachgesprächs wurden keine Erkenntnisse vorgetragen, die zu einer anderen Bewertung seitens der Bundesregierung Anlass geben.

Die hierfür, aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags, zuständige Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) arbeite seit Anfang 2017 sowohl in bilateralen Abstimmungsgesprächen als auch in gemeinsamen Runden der von den Trägerbereichen benannten fachlichen Ansprechpartner an technischen Lösungen und deren praktischer Umsetzung.

Die Stellungnahme der Bundesregierung finden Sie in der Anlage.

Der CBP begrüßt die Positionierung der Bundesregierung. Die neue gesetzliche Regelung zum Teilhabeverfahrensbericht soll die Zusammenarbeit der Träger und das Reha-Leistungsgeschehen transparenter machen und Möglichkeiten der Evaluation und Steuerung eröffnen. Verfahrenshemmende Divergenzen und Intransparenzen sollen künftig besser zu erkennen sein.

Dafür sind die nach § 41 SGB IX erforderlichen Angaben bspw. zur Anzahl der Anträge, Verfahrensdauer, Weiterleitung, Ablehnung und Rechtsbehelfen wie Widerspruch und Klage erforderlich.



Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.
Fachverband im
Deutschen Caritasverband

Gerne stehen wir Ihnen bei Rückfragen zur Verfügung.

Mit besten Grüßen aus Berlin

Tatjana Sorge

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.
Tatjana Sorge
juristische Referentin
Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin
Tel: 030-284447-825
E-Mail: Tatjana.Sorge@caritas.de

Der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) ist ein anerkannter Fachverband im Deutschen Caritasverband. Mehr als 1.100 Mitgliedseinrichtungen und Dienste begleiten mit ca. 94.000 Mitarbeitenden rund 200.000 Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung und unterstützen ihre selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Aktuelle Informationen erhalten Sie über unseren [Newsletter](#).

du • ich • wir... miteinander sein
www.cbp.caritas.de

04.07.19

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der EntschlieÙung des Bundesrates - Teilhabeverfahrensbericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41)

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Parlamentarische Staatssekretärin

Berlin, 3. Juli 2019

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Daniel Günther

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

anbei übersende ich Ihnen die erbetene Stellungnahme der Bundesregierung zur EntschlieÙung des Bundesrates 570/18 (B) „Teilhabeverfahrensbericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41)“.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Kerstin Griese

* siehe Drucksache 570/18 (Beschluss)

**Stellungnahme der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates
„Teilhabeverfahrensbericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41)“
vom 14. Dezember 2018 (BR-Drs. 570/18 Beschluss)**

Es ist zu begrüßen, dass sich der Bundesrat ausdrücklich zu den Zielen und zur Notwendigkeit eines regelmäßigen Teilhabeverfahrensberichts nach § 41 SGB IX bekennt.

Die Feststellung des Bundesrats, die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen sei nur mit unverhältnismäßigem Aufwand realisierbar und der Umfang des Anforderungskatalogs sei mit Blick auf seine Erforderlichkeit und verwaltungsmäßige Umsetzbarkeit zu überprüfen, wird von der Bundesregierung allerdings nicht geteilt.

Die der Bundesregierung vorliegenden Informationen über die Erfahrungen der Träger, die bereits für das Jahr 2018 die Sachverhalte des § 41 Abs. 1 SGB IX erfasst und gemeldet haben, sprechen gegen die Annahme, die gesetzlichen Anforderungen seien nur mit unverhältnismäßigem Aufwand realisierbar.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat aufgrund der Entschließung des Bundesrats vom 14. Dezember 2018 am 28. März 2019 ein Bund-Länder-Fachgespräch zum Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX durchgeführt. Auch im Rahmen dieses Fachgesprächs wurden keine Erkenntnisse vorgetragen, die zu einer anderen Bewertung seitens der Bundesregierung Anlass geben.

Soweit die Länder von der Bundesregierung eine gemeinsame Erarbeitung von Lösungsvorschlägen mit allen Akteuren fordern, um den Trägern der Eingliederungshilfe, der Kriegsopferversorgung und der Kriegsopferversorgung eine rechtssichere Identifizierung der zu meldenden Daten und ihre praktikable Erfassung für einen aussagekräftigen Bericht zu ermöglichen, stellt die Bundesregierung fest, dass diesem Anliegen bereits Rechnung getragen wird. Die hierfür aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags zuständige Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) arbeitet seit Anfang 2017 sowohl in bilateralen Abstimmungsgesprächen als auch in gemeinsamen Runden der von den Trägerbereichen

benannten fachlichen Ansprechpartner an technischen Lösungen und deren praktischen Umsetzung.

Die verbindlichen Klarstellungen der Melde- und Primärvariablen liegen seit Mai 2018 vor und wurden den fachlichen Ansprechpartnern bei den Spitzenverbänden der Rehabilitationsträger bzw. bei den obersten Landesbehörden zugeleitet. In über zehn regionalen ganztägigen Informationsveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, die sich vorwiegend an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Träger richteten, hat die BAR zum Teilhabeverfahrensbericht informiert.

Soweit es dennoch im Einzelfall Klärungsbedarfe gibt, wurde zwischen dem BMAS und den anwesenden Ländervertreterinnen und -vertretern im Rahmen des Bund-Länder-Fachgesprächs am 28. März 2019 vereinbart, dass diese an die BAR zu richten sind. Die BAR wird die Beantwortung über die bereits etablierten Informationswege in Abstimmung mit dem BMAS vornehmen.

Vor diesem Hintergrund wird die in der Entschließung des Bundesrats geforderte Verlängerung der sogenannten Pilotphase nicht für erforderlich gehalten und daher abgelehnt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung das Verständnis, dass die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Berichtspflicht nach § 41 SGB IX, die sich an alle Rehabilitationsträger richtet, ein schrittweiser Prozess ist.